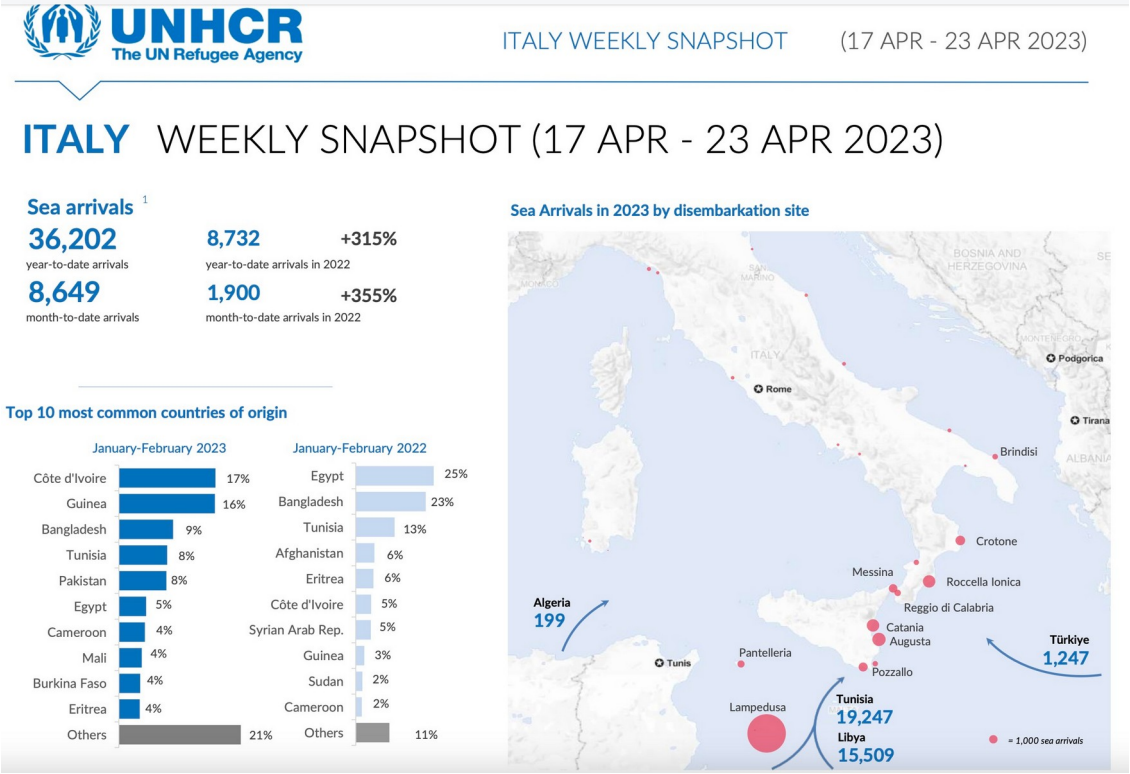
Nr. 114
Newsletter
05/2023

KOMPASS

Info-Plattform der antirassistischen Bewegung

Am 1. Mai und ab 20. Mai mit bundesweiter Aktionswoche: Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen! +++ 9. Mai in Würzburg: Widerstand gegen Abschiebungen: Was Du selbst tun kannst +++ 12. Mai in Wuppertal: Break Isolation - Kämpfen gegen Lager und Entwürdigung +++ 31. Mai in Wiesbaden: Demonstration zum Ende des Untersuchungsausschusses zum Anschlag in Hanau +++ 1. bis 6. Juni in Berlin-Brandenburg: Stop Deportation! Protest-Camp +++ Eil-Appell des Alarme Phone Sahara zu Assamaka +++ Stimmen aus dem Sahel zur dortigen Vielfachkrise +++ Gegen die Legalisierung von Push-Backs in Litauen +++ Tunesien ist kein sicheres Herkunftsland und kein sicherer Ort für aus Seenot Gerettete +++ Klage von SOS Humanity, Mission Lifeline und Sea-Eye gegen das neue Gesetz der Meloni-Regierung +++ Maldusa - neues Projekt für People on the Move in Sizilien +++ Ausblicke: 29. Juni bis 2. Juli in Brüssel: Mobilisierung von und mit Refugees in Libya



LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

keine Frage: Das Leiden und Sterben an den EU-Außen- wie auch ihren Binnengrenzen ist in den letzten Monaten mitnichten weniger geworden. Es erscheint bisweilen verzweifelt, wie

Rettungsschiffe im zentralen Mittelmeer und das Alarm Phone kaum mehr tun können als zu versuchen, die Todesrate zu drücken. Offizielle Evakuierungen - aus Libyen, Tunesien oder jetzt dem Sudan - gibt es nicht oder nur in kleinsten symbolischen Zahlen. Der Umgang mit den Geflüchteten aus der Ukraine führt eigentlich vor, dass „eine andere Welt“ der Migration jederzeit möglich ist. Doch die rassistische Politik der Externalisierung und Brutalisierung des Grenzregime gen Süden geht unverhohlen weiter.

BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE

Seite 10 von 17

Übernahmeersuchen, Zustimmungen und Überstellungen nach der Dublin-III-Verordnung

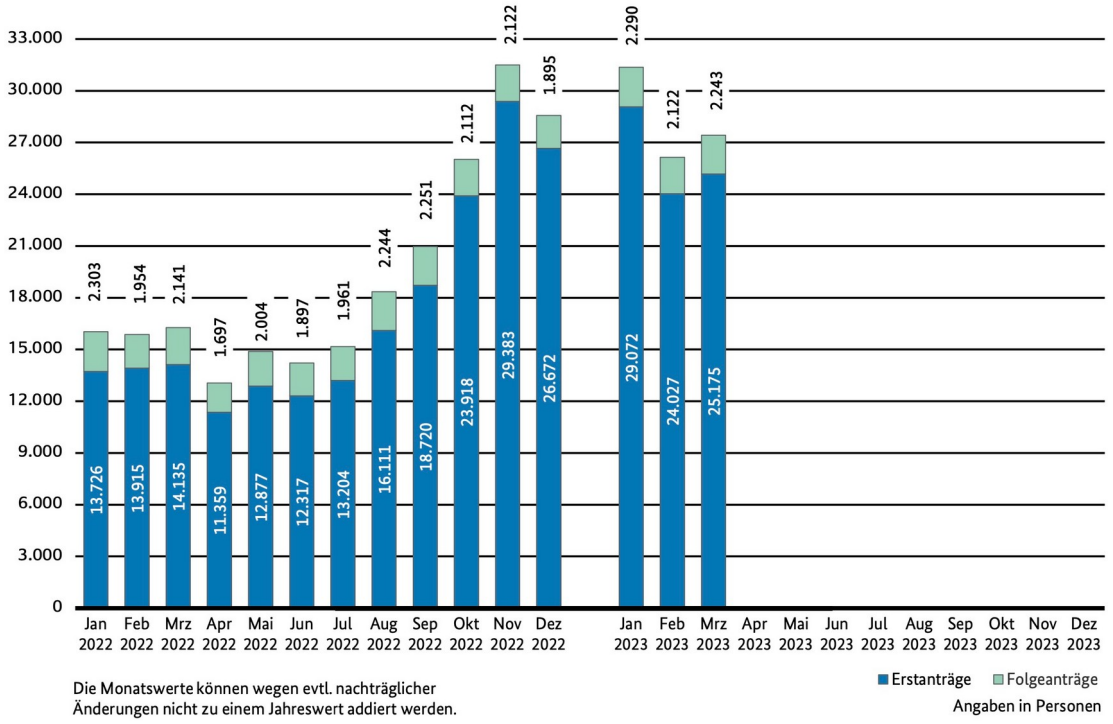
	Übernahmeersuchen an die Mitgliedstaaten		
	Ersuchen	Zustimmungen	Überstellungen
Jan 2023	8.804	5.254	339
Feb 2023	7.324	4.700	367
Mrz 2023	7.500	4.756	394
Apr 2023			
Mai 2023			
Jun 2023			
Jul 2023			
Aug 2023			
Sep 2023			
Okt 2023			
Nov 2023			
Dez 2023			
Jan-Mrz 2023	23.720	16.013	1.152

Die Monatswerte können wegen evtl. nachträglicher Änderungen nicht zu einem Jahreswert addiert werden.

Es gibt allerdings auch diese Zahlen:

- Fast 40.000 Menschen sind seit 1. Januar bis Ende April 2023 an den italienischen Küsten angekommen, in den letzten Wochen vor allem aus Sfax/Tunesien nach Lampedusa oder von Tobruk/Libyen nach Sizilien. 300% mehr als zur gleichen Zeit im letzten Jahr. Trotz und gegen die postfaschistische Meloni-Regierung.
- Die Neu-Asylantragsstellungen in Deutschland bleiben in den ersten drei Monaten des Jahres so hoch wie Ende 2022: rund 25.000 Menschen schaffen es pro Monat über die Grenzen nach Germany. Gleichzeitig scheint das Dublin-System einmal mehr in der Krise: Von monatlich nahezu 5000 zugestimmten Übernahmeersuchen können kaum 300 Abschiebungen durchgesetzt werden. Trotz und gegen ein SPD geführtes Bundesinnenministerium, das ständig „Rückführungsoffensiven“ beschwört und sogar wieder Abschiebungen nach Afghanistan erwägt.

Entwicklung der monatlichen Asylantragszahlen seit Januar 2022



Alles „nur“ Statistik? Sicherlich nein. Sondern Ausdruck umkämpfter Räume, in denen die Autonomien der Migration beständig lebendig bleiben. Wenn einzelne Menschen einzelnen Menschen über Grenzen helfen, wenn von Abschiebung Betroffene in Bürger:innenasylen versteckt, wenn in langwierigen Beratungen „Chancenbleiberechte“ durchgestritten werden, dann erscheint das oft winzig und klein gegenüber der Macht der institutionellen Ausgrenzung. Eine Alarm Phone Aktivistin hatte mal formuliert: (Wir sind) „diejenigen, die mit jeder Schicht einen Stein von einer Mauer entfernen und ihn zu einer Brücke hinzufügen.“ Selbst wenn die "große Brücke“ in weiter Ferne bleibt oder nie gebaut wird, selbst kleinste Brückenköpfe machen einen Unterschied und wirken im Gesamtbild.

In diesem Sinne: keine Atempause im alltäglichen Widerstand. Und see you im Camp gegen Abschiebungen in Berlin-Brandenburg Anfang Juni und/ oder Ende Juni in Brüssel mit und für Refugees in Libya.

Das Kompass Team

TERMINE UND INFORMATIONEN FÜR MAI 2023

AM 1. MAI UND AB 20. MAI MIT BUNDESWEITER AKTIONSWOCHE: ASYLBEWERBERLEISTUNGSGESETZ ABSCHAFFEN!

Aus dem Aufruf aus Freiburg:

„Schluss mit der sozialen Ausgrenzung!

Am 20. und 26. Mai 2023 gehen wir während der bundesweiten Aktionstage in Freiburg auf die Straße. Mehr als 160 Gruppen fordern bundesweit in einem Appell die sofortige Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetz! 30 Jahre Ausgrenzung, es reicht!

Am 26. Mai 1993 wurde im Bundestag der Grundrechtsartikel GG Art. 16 „Politisch verfolgte genießen Asyl“ so verändert, dass sich kaum noch ein Geflüchteter auf diesen Artikel berufen kann. Gleichzeitig wurde das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beschlossen und somit eine seit 1980 gängige Praxis der sozialen Ausgrenzung von geflüchteten Menschen in Sammellagern in ein Bundesgesetz gegossen. Das AsylbLG ist ein Gesetz, das speziell der Durchsetzung eines äußerst prekären und ausgegrenzten Lebens in Substandards (Essenspakete und 4,5 qm/Person) in Sammellagern dient. Der VGH-Mannheim stellte 1994 fest, dass das AsylbLG nur in Sammellagern Anwendung finden kann, in denen Geflüchtete „umfassend betreut werden und Gemeinschaftsverpflegung erhalten“. Verbunden damit sind intensive Grundrechtseingriffe (Handlungsfreiheit, Persönlichkeitsrechte, Unverletzlichkeit der Wohnung ...) für Geflüchtete. Dass eine Gruppe von Menschen mit solch einer Intensität in sozialpolitisch entrechteten Räumen ausgegrenzt wird, ist einmalig in der Bundesrepublik. Mit der Einführung des AsylbLG 1993 wurden die Leistungen für Geflüchtete um bis zu 25 % abgesenkt. Gleichzeitig wurden Milliarden DM/€ Beträge ausgegeben, um das repressive Sachleistungsprinzip durchzusetzen. Geflüchtete durften nur mit zugeteilten Waren, aber nicht mit Bargeld in Kontakt kommen. Auch besonders ausbeuterische Arbeitsgelegenheiten für 80 Cent/h zur Aufrechterhaltung der Sammellager gelten in der Begründung des Gesetzes als Sachleistungen. Die gesamte Praxis wird in der BRD seit mehr als 30 Jahren in hunderten von Lagern gegen geflüchtete Menschen durchgesetzt….“

DER GESAMTE TEXT HIER:

HTTPS://ASYLBEWERBERLEISTUNGSGESETZ-ABSCHAFFEN.DE/WORDPRESS/WP-CONTENT/UPLOADS/2023/04/FLYER-1.-MAI-FINAL-24.04.2023-1.PDF

AKTIONEN IN VERSCHIEDENEN STÄDTEN WÄHREND DER AKTIONSWOCHE VON (16.) 20. BIS 26. MAI 2023: HTTPS://ASYLBEWERBERLEISTUNGSGESETZ-ABSCHAFFEN.DE/AKTIONEN/

9. MAI IN WÜRZBURG: »BLACKBOX ABSCHIEBUNG: WIDERSTAND GEGEN ABSCHIEBUNGEN: WAS DU SELBST TUN KANNST«

Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe möchte das neu gegründete Netzwerk Soli-Asyl Würzburg Aufmerksamkeit schaffen für den Themenkomplex der Abschiebungen in Deutschland und Europa. Die Teilnehmer:innen bekommen Einblicke in die Hintergründe, aktuelle Strategien, Instrumente und Folgen der europäischen sowie deutschen Abschottungs- und Externalisierungspolitik. Nicht zuletzt werden Möglichkeiten und praktische Beispiele des Widerstands aufgezeigt…

Letzte Veranstaltung im Mai:

Workshop: »Widerstand gegen Abschiebungen: Was Du selbst tun kannst« – No Border Assembly

Abschiebungen können jeden Menschen ohne vermeintlich gesicherten Aufenthaltsstatus treffen. In einem an der Praxis orientierten Workshop zeigen Dir die Aktivist:innen der No Border Assembly Möglichkeiten des Widerstandes gegen Abschiebungen. Der Workshop zeigt sowohl Handlungsoptionen für Personen auf, welche (potenziell) von Abschiebung bedroht sind als auch für Menschen, die sich mit ihnen solidarisch zeigen.

Datum: 09. Mai 2023, 18:30 Uhr

Ort: Jugendkulturhaus Cairo (Fred-Joseph-Platz 3, 97082 Würzburg)

WEITERE INFORMATIONEN ZUM NETZWERK SOLI-ASYL WÜRZBURG SOWIE DEN INHALTEN DER VERANSTALTUNGSREIHE FINDEN SICH HIER:

HTTPS://SOLIASYLWUE.NOBLOGS.ORG/VERANSTALTUNGEN/BLACKBOX-ABSCHIEBUNG

12. MAI IN WUPPERTAL: BREAK ISOLATION - KÄMPFEN GEGEN LAGER UND ENTWÜRDIGUNG - VERANSTALTUNGSREIHE ZU 25 JAHREN KARAWANE

„In Deutschland existieren verschiedene Typen von Lagern, um die Menschen unter Kontrolle zu halten und ihren Willen zu brechen. Das Lagersystem ist ein komplexes System der rassistischen Ausgrenzung. Sein Ziel ist es, die Flüchtlinge zum Verlassen des Landes zu zwingen. Es besteht, um uns klar zu machen, dass wir nicht willkommen sind. Das Lagersystem ist ein altes System, das in den Kolonien zur Vernichtung und Disziplinierung praktiziert wurde.

Seit der ersten Tour war der Kampf für unsere Rechte eng mit dem Kampf gegen die Isolierung, Erniedrigung und Zermürbung in den Lagern verbunden.

An diesem Abend wollen wir darüber berichten, welche Veränderungen wir seit 1998 gesehen haben und welche Kämpfe gegen die Ausgrenzung in den Lagern geführt worden sind. Wir wollen gemeinsam mit Euch diskutieren, wo wir heute stehen."
BREAK Isolation - Kämpfen gegen Lager und Entwürdigung
Input und Diskussion
Freitag | 12. Mai 2023 | 20 Uhr Marienstraße 52 | Wuppertal

WEITERE INFORMATIONEN ZUM GESAMTEN PROGRAMM DER NÄCHSTEN MONATE HIER:

HTTP://THECARAVAN.ORG/FILES/CARAVAN/20230319_25_JAHRE_FLYER_WTAL_INTERNET.PDF

31. MAI IN WIESBADEN: DEMONSTRATION ZUM ENDE DES UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSSES ZUM HANAUER ANSCHLAG

Keine Gerechtigkeit ohne Konsequenzen

Anlässlich der letzten öffentlichen Sitzung des Untersuchungsausschusses (UNA) zum rassistischen Terroranschlag in Hanau rufen wir zu Demonstration in Wiesbaden auf. Am 31. Mai wird Peter Beuth im UNA zu allen Fragekomplexen und den polizeilichen Versäumnissen am 19. Februar 2020 sowie danach Rede und Antwort stehen müssen.
Der hessische Innenminister hatte wenige Wochen nach dem Anschlag von „exzellenter Polizeiarbeit" fantasiert, was einer Verhöhnung der Angehörigen und Überlebenden gleichkam. Nachweislich hat er bezüglich des technisch unter ausgestatteten sowie personell unterbesetzten Notrufs gelogen und versucht dieses Organisationsversagen zu vertuschen. Beuth war und ist maßgeblich verantwortich für rassistische Strukturen innerhalb der hessischen Polizei und damit auch für die 13 der 20 in der Tatnacht in Hanau eingesetzten SEK-Beamten, die an rechtsextremen Chats beteiligt waren.
Peter Beuth wird sich auch am 31. Mai weigern, gravierende Versäumnisse und Fehlverhalten der hessischen Polizei einzugestehen und dafür die politische Verantwortung zu übernehmen. Bis heute hatte „Hanau" trotz aller offensichtlichen Fehler und Skandale keinerlei juristische und personelle Konsequenzen.
Gesellschaftlich hat die hartnäckige Aufklärungsarbeit der Angehörigen und Überlebenden einiges bewirkt und die Überforderungen, die Fehler, sowie den strukturellen Rassismus bei Polizei und Behörden offengelegt. Die ersten Sitzungen des UNA mit den Aussagen und Fragen der Angehörigen haben die Möglichkeit zu einer kritischen Aufarbeitung der Abläufe vor, in und nach der Tatnacht eröffnet. Diese Chance wurde verpasst und durch machtpolitische Interessen der Regierungsparteien blockiert. In der Bilanz konnten in den vergangenen 18 Monaten nur an wenigen der 10 Schwerpunkte neue oder zusätzliche Erkenntnisse gewonnen werden. Auch deshalb wurden parallel zum UNA –

insbesondere mit den Ausstellungen mit Forensic Architecture in Frankfurt, Berlin und Hanau – immer wieder eigene Räume der zivilgesellschaftlichen Aufklärung geschaffen. Im Mai werden die letzten drei öffentlichen Termine des UNA zu Hanau stattfinden: am 5.5., am 22.5. und am 31.5.2023. Wir fordern euch alle auf, an diesen drei letzten Sitzungen im Landtag teilzunehmen und nochmal so viel wie möglich Öffentlichkeit herzustellen.

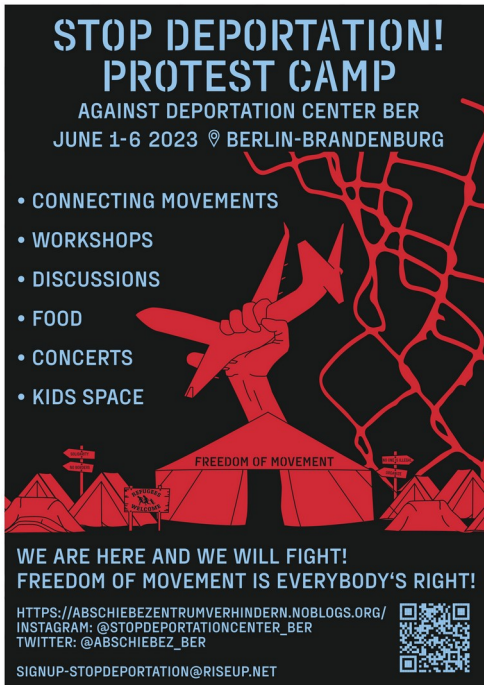
Am 31.05. wollen wir den ganzen Tag über in Wiesbaden präsent sein, sowohl innerhalb des UNA, mit Social Media, als auch vor dem Landtag, mit einer Mahnwache am Dernschen Gelände. Am frühen Abend rufen wir zu einer regionalen Demonstration auf, die zum Dienstsitz von Peter Beuth führen wird: zum hessischen Innenministerium.

Das Ende des UNA bedeutet nicht das Ende des Kampfes um lückenlose Aufklärung. Ohne Konsequenzen wird es keine Ruhe geben."

WEITERE INFORMATIONEN HIER: HTTPS://19FEB-HANAU.ORG/

1.-6. JUNI 2023 STOP DEPORTATION! PROTEST-CAMP - KEIN ABSCHIEBEZENTRUM AM BER

Komm zum Protestcamp gegen Abschiebungen!



Am Flughafen Berlin-Brandenburg Terminal 5 plant die Regierung den Bau eines Abschiebezentrums, wo Menschen vor ihrer Abschiebung festgehalten werden sollen und Flughafenasylverfahren stattfinden sollen. Schon jetzt finden dort monatlich Massenabschiebungen per Charterflug statt. Wir wollen das Schweigen brechen und organisieren das "Stop Deportation! Protest Camp" in Schönefeld.

Workshops & Skillsharing

So viele Menschen und Gruppen leisten bereits großartige Arbeit, um gegen Abschiebungen und strukturellen Rassismus zu kämpfen und Widerstand zu leisten. Lasst uns unser Wissen teilen und voneinander lernen.

Bewusstseinsbildung

Das Camp wird in Schönefeld Präsenz zeigen und das Bewusstsein für Abschiebungen, Abschiebehaft und die Perspektiven der Betroffenen schärfen.

Bewegungen vernetzen

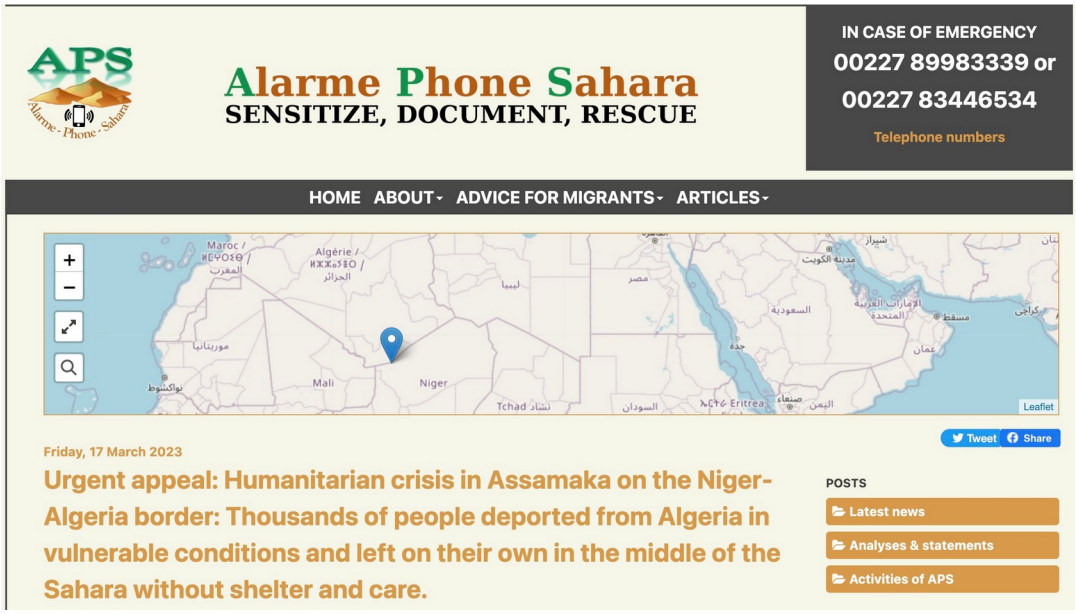
Wir glauben, dass es notwendig ist, eine breitere Bewegung gegen Abschiebungen und für ein Bleiberecht für alle aufzubauen. Auf dem Camp können wir uns besser kennenlernen und vernetzen.

Mach mit beim Camp vom 1. bis 6. Juni 2023! Um uns die Planung zu erleichtern, bitten wir euch, um Anmeldung per Mail an signup-stopdeportation@riseup.net (nicht verpflichtend, es ist auch möglich, spontan teilzunehmen). Bitte gebt in der Anmelde-E-Mail an, wie viele Personen ihr sein werdet, ob ihr in einer Gruppe organisiert seid, ob ihr et-

was zum Programm des Camps beitragen wollt, ob ihr uns bei der Übersetzung helfen könnt oder Übersetzungen für unsere Workshops benötigt, oder ob ihr anderen Unterstützungsbedarf habt.
WE ARE HERE, AND WE WILL FIGHT! FREEDOM OF MOVEMENT IS EVERYBODY'S RIGHT!

E-MAIL FÜR ALLGEMEINE FRAGEN: STOP-DEPORTATION-CAMP@RISEUP.NET

EIL-APPELL DES ALARME PHONE SAHARA: HUMANITÄRE KRISE IN ASSAMAKA AN DER GRENZE ZWISCHEN NIGER UND ALGERIEN (DT/ENG/FR) // ERSTE ERFOLGE



„Internationale Medien berichten bereits seit Monaten von den katastrophalen Bedingungen, denen sich Migrant:innen ausgesetzt sehen, die aus Algerien nach Niger abgeschoben werden (allein vergangenes Jahr mindestens 24.000 Menschen) - vgl. stellvertretend einen 4-minütigenVideo-Beitrag auf france24 (engl): https://www.france24.com/en/tv-shows/focus/20221213-migration-crisis-in-the-sahara-algerian-police-accused-of-violence-at-border. Doch mittlerweile ist die humanitäre Situation eskaliert, insbesondere in Assamaka, einem kleinen Grenzort an der algerisch-nigrischen Grenze inmitten der Sahara. Vor diesem Hintergrund hat das Alarme Phone Sahara einen Eil-Appell auf französisch, englisch und deutsch veröffentlicht, der sich sowohl an die nigrische und algerische Regierung als auch an die internationale Öffentlichkeit richtet: https://afrique-europe-interact.net/2162-0-Aufruf-Assamaka.html (weitere Informationen finden sich auf der Webseite des Alarmphone Sahara: https://alarmephonesahara.info/en/). Erfreulich ist, dass der Eil-Appell (vor allem im Zusammenspiel mit dem Aufruf von Ärzte ohne Grenzen) ein vergleichsweise lebhaftes Medien-Echo (z.B. https://taz.de/Massenabschiebungen-nach-Niger/!5924438/) sowie zahlreiche Aktivitäten in Niger ausgelöst hat. Doch der Druck muss aufrechterhalten werden, die Lage ist für die Betroffenen weiterhin katastrophal."

STIMMEN AUS DEM SAHEL ZUR DORTIGEN VIELFACHKRISE

„Zuhören, wie Referent:innen aus dem Sahel die dortige Vielfachkrise analysieren und diskutieren: Die Gewalteskalation im Sahel hat in den letzten Jahren immer wieder für Debatten in antirassistischen Kreisen gesorgt – vor allem deshalb, weil hiervon so gut wie alle Migrant:innen aus west-, ost- und zentralafrikanischen Ländern auf ihrem Weg Richtung Norden betroffen sind. Umso wichtiger ist es, in Europa immer wieder Stimmen aus der Region zuzuhören und zu verstehen, wie die Menschen im Sahel die Vielfachkrise interpretieren. In diesem Sinne möchte Afrique-Europe-Interact auf einen jüngst erschienen Konferenzbericht aufmerksam machen, der von einer von Afrique-Europe-Interact mitorganisierten Konferenz in Berlin berichtet, bei der Referent:innen aus Niger, Mali, Burkina Faso, Tschad und Mauretanien unter der Fragestellung "Schafft Demokratie Frieden?" über die Situation in den einzelnen Sahelländern gesprochen haben.

DER BERICHT KANN AUF DER WEBSEITE VON AFRIQUE-EUROPE-INTERACT ALS PDF RUNTERGELADEN ODER UNTER INFO@AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET ALS GEDRUCKTES EXEMPLAR BESTELLT WERDEN (AUCH IN HÖHERER AUFLAGE): HTTPS://AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET/2165-0-SCHAFFT-DEMOKRATIE-FRIEDEN-KONFERENZ-DOKU-2023.HTML (DEUTSCH) UND HTTPS://AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET/2169-0-LA-DMOCRATIE-FAIT-ELLE-LA-PAIX-DOCUMENTATION-DE-LA-CONFRENCE.HTML (FRANZÖSISCH).“

LITHUANIA TO LEGALISE PUSHBACKS WITH THE AMENDMENTS TO THE “LAW ON STATE BORDER AND ITS PROTECTION“

The organisations Lithuanian Centre for Human Rights, Sienos Grupė and Global Lithuanian Leaders have released an Open Letter expressing their concern around the current discussions on amendments to the “Law on the State Border and its Protection” that are taking place at the Parliament of the Republic of Lithuania.

The Law amendments “aim to legalise pushbacks at the Lithuanian border with Belarus and to establish the institute of civilian supporters of border guards”. The letter brings to attention the fact that these amendments to the law would mean, not only the violation of the right to a fair and effective asylum system and the principle of non-refoulment but also the restriction of any humanitarian assistance or presence of independent human rights agents monitoring the borders. The presence of these two

has been stated by EU organisations to be key “for securing stronger accountability for violations of migrants’ rights at borders”.
The Speaker of the Lithuanian Parliament Viktorija Čmilytė-Nielsen claims that the law is an attempt to "find a balance between national security interests and human rights". However, human rights are a national security interest in a democratic country. The new “Law on the State Border and its Protection” would allow civilians to join the border guards as volunteers, a model that already other EU countries, such as Hungary, are implementing. Doctors Without Borders (MSF) have declared that the number of people that report being beaten by border guards in Hungary is growing. Collective Aid (CA) stated on their social media that “the presence of these new hunters will make the crossing more perilous due to the racist and xenophobic narratives which personify those instructing them”.
According to the open letter, the proposal foresees that once the state-level emergency situation is declared due to the so-called “mass influx of foreigners” authorities can turn away anyone. But the Court of Justice of the European Union (CJEU) has ruled that the declaration of a state of emergency in Lithuania does not relieve the State of its obligation to ensure access to the asylum procedure…“

FULL STATEMENT AND MORE HERE:

HTTPS://WWW.EUROPEMUSTACT.ORG/POST/LITHUANIA-TO-LEGALISE-PUSHBACKS-WITH-THE-AMENDMENTS-TO-THE-LAW-ON-STATE-BORDER-AND-ITS-PROTECTION

TUNESIEN IST KEIN SICHERES HERKUNFTSLAND UND KEIN SICHERER ORT FÜR AUS SEENOT GERETTETE

Gemeinsame Erklärung von zivilen Seenotrettungsorganisationen und Solidaritätsnetzwerke für Geflüchtete (vom 17. April 2023)

Wooden boats from Libya and iron boats from Tunisia intercepted by Tunisian Coast Guard units in El Louza port, 40 km east of Sfax. Credits: Nissim Gasteli

Angesichts der anhaltenden autoritären Transformation des tunesischen Staates[1] und der extremen Gewalt und Verfolgung der Schwarzen Bevölkerung Tunesiens sowie von Menschen auf der Flucht, politischen Gegner:innen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen geben wir, die unterzeichnenden Organisationen, die folgende Erklärung ab: Wir möchten nachdrücklich betonen, dass Tunesien weder ein sicheres Herkunftsland, noch ein sicherer Drittstaat ist. Tunesien kann nicht als sicherer Ort für aus Seenot gerettete Personen gelten. Wir fordern die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten auf, ihre Abkommen zur Migrationskontrolle mit den tunesischen Autoritäten zu beenden und stehen in Solidarität mit den Betroffenen.

Rassistische Angriffe auf People of Colour und brutales Vorgehen gegen die tunesische Zivilgesellschaft

In den letzten Monaten hat sich das harte Vorgehen gegen vermeintliche politische Gegner:innen, die Zivilgesellschaft und Minderheiten in Tunesien verschärft. Mehrere tunesische und internationale Menschenrechtsorganisationen haben ihre Besorgnis zum Ausdruck gebracht gegen die „Aushöhlung der Unabhängigkeit der Justiz, die Verhaftung von Kritiker:innen und politischen Gegner:innen, die Militärprozesse gegen Zivilist:innen, die anhaltende Unterdrückung der Meinungsfreiheit und die Bedrohung der Zivilgesellschaft".

Zudem hat sich der Anti-Schwarze Rassismus in Tunesien weiter verschärft. Dieser wird durch die rassistischen und diskriminierenden Äußerungen des tunesischen Präsidenten Kais Saied gegen Geflüchtete aus Subsahara-Afrika vom 21. Februar deutlich. Die rassistischen Angriffe haben die Situation insbesondere für Menschen aus zentral- und westafrikanischen Ländern drastisch verschlechtert. Zahlreiche Angehörige der afrikanischen Diaspora in Sfax, Sousse und der Hauptstadt Tunis sind Opfer von Gewalttaten, obdachlos, ohne Zugang zu Essen und zu öffentlichem Nahverkehr und werden ihres Rechts auf Gesundheitsversorgung beraubt. Schwarze Menschen sind Überfällen durch bewaffnete Banden ausgeliefert. Außerdem erfahren sie massive institutionelle Gewalt durch racial profiling. Sie werden verhaftet und willkürlich festgehalten. Einige wurden gewaltsam verschleppt und sind verschwunden. Für etwa einen Monat protestierten rund 250 obdachlos gewordene Menschen, darunter auch Kinder, mit einem Sit-In vor dem Sitz der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und dem Büro des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR). Sie fordern ihre sofortige Evakuierung, da sie sich in Tunesien in Lebensgefahr befinden. Am 11. April 2023 wurde ihr Protest unter Einsatz von Tränengas von tunesischen Sicherheitskräften gewaltsam aufgelöst und die Demonstrierenden schwer verletzt. Etwa 80 Menschen wurden verhaftet, einige berichteten von Folter und Misshandlung.

Zu diese rassistischen Zuständen kommt die sozioökonomische Lage Tunesiens, die sich stetig verschlechtert: Die Arbeitslosenquote liegt aktuell bei 15 Prozent und die Inflationsrate bei 10 Prozent. Dem Land fehlt es an grundlegenden Ressourcen, und aufgrund von Dürreperioden wurde die Wassernutzung eingeschränkt.

Tunesien ist kein sicherer Ort!

Die bestehenden Umstände allein sind schon Grund genug, um die Sicherheit Tunesiens für seine eigenen Staatsangehörigen in Frage zu stellen. Damit ist offensichtlich, dass Tunesien nicht als sicheres Herkunftsland gelten kann. Dennoch haben Abschiebungen von tunesischen Staatsbürger:innen aus Italien stark zugenommen – sie erhalten keinen Zugang zu internationalem Schutz. Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass es noch dringlicher ist, anzuerkennen, dass die Situation für Schwarze Menschen und andere Ausländer:innen extrem ernst und gefährlich ist: Tunesien ist kein „sicherer Drittstaat"! …"

DAS GESAMTE STATEMENT IN MEHREREN SPRACHEN:

HTTPS://MIGRATION-CONTROL.INFO/JOINT-STATEMENT-TUNISIA-IS-NEITHER-A-SAFE-COUNTRY-OF-ORIGIN-NOR-A-PLACE-OF-SAFETY-FOR-THOSE-RESCUED-AT-SEA/

KLAGE VON SOS HUMANITY, MISSION LIFELINE UND SEA-EYE GEGEN DAS NEUE GESETZ DER MELONI-REGIERUNG

„Berlin, 21. April 2023. Die Such- und Rettungsorganisationen SOS Humanity, Mission Lifeline und Sea-Eye klagen vor dem Zivilgericht in Rom gegen die systematische Zuweisung von entfernten Häfen durch die italienischen Behörden. Gestern wiesen die italienischen Behörden Ravenna in Norditalien als Ausschiffungsort für die Humanity 1 zu. Die Besatzung des zivilen Rettungsschiffs hatte am frühen Donnerstagmorgen 69 Überlebende im zentralen Mittelmeer gerettet. „Die Überfahrt zum weit entfernten Hafen von Ravenna ist für die Überlebenden psychisch und physisch eine enorme Belastung“, betont der Kapitän der Humanity 1. Außerdem widerspricht das Vorgehen der italienischen Behörden dem internationalen Seerecht und wird deshalb von den zivilen Such- und Rettungsorganisationen vor Gericht angefochten.
Am 20. April kurz vor 2 Uhr morgens rettete die Besatzung der Humanity 1 in internationalen Gewässern vor der libyschen Küste 69 Menschen, darunter mehr als 15 unbegleitete Minderjährige, aus Seenot. Der um 03:30 Uhr zugewiesene Hafen Ravenna ist über 1.600 km von der Position des Schiffes zum Zeitpunkt der Rettung entfernt, obwohl andere Häfen näher liegen. Die lange Fahrt nach Ravenna birgt die Gefahr, dass sich der Zustand der schutzbedürftigen Menschen verschlechtert….“

GESAMTER TEXT HIER: HTTPS://SOS-HUMANITY.ORG/PRESSE/SOS-HUMANITY-KLAGT-GEGEN-ITALIENS-POLITIK-DER-ZUWEISUNG-ENTFERNTER-HAEFEN/

INTERVIEW IM FREITAG ZUR KLAGE GEGEN DAS NEUE GESETZ DER MELONI-REGIERUNG: HTTPS://WWW.FREITAG.DE/AUTOREN/OEZGE-INAN/INTERVIEW-ITALIEN-SEENOTRETTER-ZIEHEN-GEGEN-MELONIS-BEHOERDEN-VOR-GERICHT

MALDUSA - NEUES PROJEKT FÜR PEOPLE ON THE MOVE IN SIZILIEN

A new project facilitating freedom of movement on land and at sea

„Once upon a time, somewhere in the middle of the Mediterranean Sea, there was a boat that had departed from Libya, making its way North. After several hours at sea, the people on the boat had lost their orientation and decided to phone Watch the Med - Alarm Phone to ask for support in their journey. The person who picked up the phone asked the people on board where they were traveling to, what was their destination. The person on the boat answered that they were directed towards 'Maldusa'. Confused, the Alarm Phone member asked once more whether they wished to reach Malta, or Lampedusa. "Maldusa, Maldusa! We are going to Maldusa!" repeated the person on the boat, this time very clearly and full of enthusiasm.

Maldusa: an imaginary nowhere and anywhere land in the Mediterranean Sea, an imagined destination of hope and freedom, a space that, every day, we try to build and to make real through our struggles, hand in hand with people on the move.
Maldusa is a project based on three main pillars: two monitoring stations and contact points in Lampedusa and in Palermo, and a small monitoring boat that will become operational in the coming summer. The two stations focus on research and encounter between local and transnational realities, in collaboration with activists, people on the move, and existing organisations in the North and South of the Mediterranean Sea.
Maldusa wants to deconstruct the image of the Mediterranean Sea merely as a deadly space, as a space of violence, pushbacks, non-assistance and selective visibility, in order to foreground the complexity of imaginaries and practices related to solidarity, mutual aid and resistance. Connecting apparently isolated events and understanding borders as contested spaces/relations, Maldusa places attention to processes, struggles and histories of places, actors and communities that converge at the border. This way, Maldusa wants to strengthen solidarity structures on the routes, and to support people on the move on land and at sea."

MORE INFORMATION: HTTPS://WWW.MALDUSA.ORG/EN/

HTTPS://WWW.MALDUSA.ORG/L/MALDUSA-A-NEW-PROJECT-FACILITATING-FREEDOM-OF-MOVEMENT-ON-LAND-AND-AT-SEA/

AUSBLICK

REFUGEES IN LIBYA - MOBILISATION TO BRUSSELS FROM 29 JUNE - 2 JULY 2023

'Refugees in Libya' is a self-organized protest movement which was formed in response to the violent crackdown & arrest of 5000 refugees and migrants living in the Gargaresh neighborhood of Tripoli on 1 October 2021.
Solidarity with Refugees in Libya is an alliance of mainly Europe-based individuals and groups, working closely with 'Refugees in Libya' to amplify their voices and demands

in Europe and beyond. As part of our UNFAIR campaign, we organised 2 days of protest in Geneva last December, where we held a press conference in front of the head office of UNHCR, met with their Senior
Liaison Adviser for the Middle East & North Africa and marched through Geneva in protest of UNHCR's UNFAIR treatment of refugees in Libya.
Now we want to bring the voices and demands of 'Refugees in Libya' to the heart of EU borderpolitics, which is responsible for their suffering.

First ideas/provisional program:

–Thursday, 29 June 2023
• Arrival day (camp site will be accessible from afternoon/evening)
–Friday, 30 June 2023
• Press conference in the morning to take position against the EU border politics and to announce the counter summit & protest the next day
• Counter summit during the day w/ workshops on demands of Refugees in Libya and other self-organized refugee protest movements in North Africa
• Public event in the evening
–Saturday, 1 July 2023
• Protest march or rally, e.g. from UNHCR head-office via Frontex-Building to EU parliament • Party/social event in the evening
–Sunday, 2 July 2023 • Departure day...

FURTHER INFORMATION: HTTPS://WWW.REFUGEESINLIBYA.ORG/ HTTP://UNFAIRAGENCY.ORG/